

Einleitung

„200.000 suchen Ausbildung: Lehrstellen und Jugendliche kommen nicht zueinander“, SPIEGEL ONLINE am 08.08.2013

„Der Nachwuchs fehlt: Azubis, verzweifelt gesucht“, Sueddeutsche.de am 18.02.2013

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

noch nie wurde das Thema Demografie so heiß in der Öffentlichkeit diskutiert wie heute. Denn die Veränderungen, die in den kommenden Jahren in Deutschland zu erwarten sind, werden sehr deutlich gesamtgesellschaftliche Auswirkungen haben. Der demografische Wandel stellt eine große Herausforderung für Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Bildung dar und stellt somit Gesetzgeber, Kommunen, Bund und Länder sowie die freie Wohlfahrtspflege vor neue Aufgaben. Er ist inzwischen zu einem prägenden Begriff geworden, der uns in den verschiedensten Lebensbereichen begegnet.

Auch wir als Fachkräfte der Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe sind in unserem Handlungsfeld auf unterschiedliche Weise davon betroffen. So müssen wir uns damit auseinandersetzen, vor welche Herausforderungen die Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe künftig gestellt wird und welchen Handlungsbedarf wir daraus begründen müssen.

Vielleicht haben auch Sie sich bereits Fragen zu dieser gesellschaftlichen Lage gestellt. Wie betrifft der demografische Wandel junge benachteiligte Menschen? Steigen vielleicht sogar ihre Chancen für eine berufliche und soziale Integration, weil es weniger Jugendliche gibt? Wie muss die Jugendsozialarbeit agieren, damit junge Menschen wirklich eine Chance

Inhalt

Einleitung	1
Ausgewählte Beiträge	3
1. Herausforderungen des demografischen Wandels für Bildung und Qualifizierung <i>Autor: Kai Gehring</i>	3
2. Der demografische Wandel als Chance für Jugendliche mit schwieriger Bildungsbiografie <i>Autorinnen: Elisabeth Hoffmann und Christine Henry-Huthmacher</i>	13
3. ANSCHLUSS VERPASST ODER ABGEHÄNGT? Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf benachteiligte Jugendliche und die (evangelische) Jugendsozialarbeit und Konsequenzen <i>Auszüge aus einem Impulspapier der BAG EJSA</i>	18
4. Inklusion Jetzt! – Berufsbildung im Zeichen des Fachkräftemangels aus Sicht der KJS <i>Positionspapier der BAG KJS e.V.</i>	26
Fazit	33
Links und Empfehlungen	34
Impressum	34

erhalten? Und wie kann sich nicht zuletzt der Aufbau der Sozial- und Jugendpolitik im Sinne unserer Zielgruppe gestalten?

Mit dem vorliegenden Themenheft sollen für diese und weitere Fragen Antworten gefunden werden sowie Annahmen bestätigt werden. Vor allem aber möchten wir Anregungen und Impulse setzen, um den Demografischen Wandel im Kontext der Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe wirkungsvoll zu begegnen.

Dazu haben wir unterschiedliche ausgewählte Artikel für Sie zusammengestellt. So konnten wir Herrn **Kai Gehring** als Autor gewinnen, der uns ganz aktuell die Herausforderungen des demografischen Wandels für Bildung und Qualifizierung von seinem Standpunkt, als Mitglied des Bundestages, aus, aufzeigt und dabei die Wichtigkeit dieses Themas in der Politik beleuchtet. Im Anschluss daran stellen Frau **Elisabeth Hoffmann** und Frau **Christine Henry-Huthmacher** von der Konrad-Adenauer-Stiftung uns freundlicherweise ihren Fachartikel „Der demografische Wandel als Chance für Jugendliche mit schwieriger Bildungsbiografie“ zur Verfügung.

Durch ein Impulspapier der **BAG EJSA** informieren wir Sie über die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf benachteiligte Jugendliche, die (evangelische) Jugendsozialarbeit und die Konsequenzen hieraus.

Bevor dieses vorliegende Themenheft mit einem zusammenfassendem Fazit endet, möchten wir Ihnen ein individuelles Positionspapier der **BAG KJS e.V.**, zum Gegenstand der Berufsbildung im Zeichen des Fachkräftemangels mit auf den Weg geben und hoffen damit zu weiteren Dialogen anzuregen.

Für Anregungen und Kritik zum Themenheft stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Wir danken den Autorinnen und Autoren herzlich für ihre Beiträge bzw. die Zustimmung zur Verwendung ihrer Schriften im vorliegenden Themenheft.

Das Referat Pro-Aktiv-Centren und Jugendwerkstätten der LAG JAW wünscht Ihnen viel Spaß beim Lesen und gute Anregungen!

Ausgewählte Beiträge

1. Herausforderungen des demografischen Wandels für Bildung und Qualifizierung

*Autor: Kai Gehring (Diplom-
Sozialwissenschaftler/MdB/
Sprecher für Bildungs- und
Hochschulpolitik)*



Der demografische Wandel ist schon jetzt eine der größten Herausforderungen Deutschlands. Während die Weltbevölkerung nach wie vor rasant wächst, bleibt es in Deutschland beim gegenteiligen Trend: Ohne Zuwanderung gäbe es längst eine anhaltende Schrumpfung. Prognosen zu Folge, kommt es in den nächsten 40 Jahren neben einem Bevölkerungsrückgang von etwa 7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern zu einer deutlichen Alterung der Bevölkerung. Die Auswirkungen auf die soziale und ökonomische Situation Deutschlands werden immens sein – besonders für ländliche oder strukturschwache Regionen.

Das alles ist lange bekannt. Entscheidend ist, dass Deutschland einen Nationalen Aktionsplan braucht, der alle betroffenen Politikbereiche umfasst und zukünftige Generationen nicht zusätzlich belastet. Anders als bisher muss ein solcher Aktionsplan jedoch über eine abstrakte Strategie hinausgehen und klare und explizite Schritte zur Bewältigung des demografischen Wandels vorsehen.

Diesen tiefgreifenden Wandel erfolgreich zu gestalten kann zudem nur gelingen, wenn mit allen Beteiligten, über alle Ressorts hinweg, gemeinsam an einem Strang gezogen wird. Schließlich sind mit der demografischen Entwicklung auch große Chancen verbunden.

Aufgrund der Komplexität des Themas, das in viele gesellschaftliche und ökonomische Bereiche hineinwirkt, beschränke ich mich im Folgenden darauf aufzeigen, was notwendig ist, um den demografischen Wandel im Bildungsbereich erfolgreich zu meistern. Einen

besonderen Fokus lege ich dabei auf den Ausbildungsbereich sowie strukturschwächere oder ländliche Regionen.

Mehr Bildungsgerechtigkeit!

Bereits heute, aber erst Recht in den kommenden Jahrzehnten mit vermutlich immer weniger Neugeborenen, kann es sich unsere Gesellschaft nicht weiter leisten, Kinder durch unser Bildungssystem fallen zu lassen. Beste Bildungschancen für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsene sind ein Gebot der Gerechtigkeit und der ökonomischen Innovations- und Zukunftsfähigkeit.

Bislang gibt es bedauerlicherweise viel zu viele Bildungsverliererinnen und Bildungsverlierer. Die Zahl der Jugendlichen, die die Schule abbrechen, der funktionalen Analphabeten, der Jugendlichen in Warteschleifen des Übergangssektors zwischen Schule und Berufsausbildung sowie der jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss ist nach wie vor zu hoch. Überdies belegen zahlreiche Studien, zuletzt u.a. die 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks wie sehr Bildungschancen in Deutschland von der sozialen Herkunft abhängen. Es herrscht zudem nach wie vor ein Mangel an Kita-, Ganztagschul-, Ausbildungs- und Studienplätzen bei gleichzeitiger Zunahme des Fachkräftemangels. Unser Bildungssystem muss daher durch den quantitativen und qualitativen Ausbau der Infrastruktur, durch Inklusivität und bessere Übergänge demografiefest gemacht werden.

Infrastruktur ländlicher Räume sichern!

Insbesondere periphere ländliche Räume stehen heute schon vor großen Herausforderungen, um die Daseinsvorsorge für ihre Einwohnerinnen und Einwohner abzusichern. Das Altern unserer Gesellschaft wird diesen Trend noch verstärken, auch in bislang weniger betroffenen Regionen.

Die grüne Politik für den ländlichen Raum orientiert sich am Ziel unserer Verfassung, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen unseres Landes zu gewährleisten. Gleichwertigkeit bedeutet in diesem Zusammenhang, die Chance auf Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Wohnort zu ermöglichen. Dafür ist neben der technischen auch das Vorhandensein von sozialer Infrastruktur in Form von schulischer und außerschulischer Bildung, Kultur und Gesundheitsversorgung unverzichtbar. Bei allen Unterschieden zwischen dem Leben auf

dem Land und dem Leben in der Stadt müssen diese Teilhabechancen für alle, insbesondere für Kinder und Jugendliche, auch in Zukunft gewahrt sein.

Der Bereitstellung wohnortnaher Bildung, Betreuung und Erziehung ab dem Kleinkindalter kommt eine zentrale Bedeutung zu. Kinder müssen unabhängig von ihrer sozialen oder regionalen Herkunft gute und gerechte Startchancen haben, deshalb brauchen wir bundesweit flächendeckend ein qualitativ hochwertiges Angebot ganztägiger Kinderbetreuung. Sinkende Kinderzahlen sollten nicht zur Schließung, sondern zum Umbau von Kindertagesstätten und in den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren führen.

Schulstandorte erhalten!

Orientiert sich Politik an rein quantitativen Vorgaben wie der Klassengröße, bedeutet das vielerorts zwangsläufig Schulschließungen und oft zu lange Schulwege. Stattdessen muss das Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ handlungsleitend sein – zudem ohne Qualitätseinbußen.

Durch jahrgangs- und schulformübergreifenden Unterricht können Schulstandorte erhalten werden. Die so genannte Demografie-Rendite, also die finanziellen Mittel, die durch sinkende Schülerzahlen frei werden, sollte weitgehend im System belassen und in Qualitätsverbesserungen investiert werden.

Außerdem brauchen wir ein flächendeckendes Angebot von bestenfalls gebundenen Ganztagschulen, die als selbstständige und inklusive Einrichtungen mit einem Personalmix aus LehrerInnen, sowie JugendsozialarbeiterInnen, PädagogInnen, HandwerkerInnen, KünstlerInnen etc. ganztägiges Lernen und individuelle Förderung leisten. Nur knapp ein Drittel der Schülerschaft geht heute ganztags zur Schule. Der gebundenen Form werden von BildungsforscherInnen besonders große Chancen zugeschrieben, das soziale und kognitive Lernen zu fördern und Benachteiligungen von Kindern aus bildungsfernen Familien zu verringern. Die bundesweite Quote der Schülerinnen und Schüler, die im gebundenen Ganztage lernen, liegt laut der Bertelsmann-Studie „Ganztagschulen in Deutschland“ derzeit noch bei 13,7 Prozent.

Die Neuauflage eines Bund-Länder-Ganztagsschulprogramms setzt die Aufhebung des im Grundgesetz verankerten Kooperationsverbots voraus. Es braucht endlich mehr Kooperation und eine bessere gesamtstaatliche Finanzierung von Bildung.

Schulen als multifunktionale Orte entwickeln!

Schule ist ein sozialer Ort - und kann auch als Lernort für alle Generationen genutzt werden. Bildungseinrichtungen müssen besser miteinander vernetzt und regionale Kooperationen zwischen Kindertagesstätten und Schulen mit Jugend- und Kultureinrichtungen sowie Sportvereinen gefördert werden. Beispiele aus dünnbesiedelten Ländern wie Finnland zeigen pragmatische Lösungen. Schulen sind dort multifunktionale Zentren, in denen die Gebäude durch eine flexible Ausstattung von allen Altersgruppen des Ortes genutzt werden. Diese Schulen sind ein Kristallisationspunkt für Bildung, Sport, Kultur, Handwerk und für lokale Netzwerke. ÄrztInnen und andere Gesundheitsberufe bieten in den Räumen Sprechstunden an. Kommunen und Länder müssen den Schulen ermöglichen, sich zu solch multifunktionalen Zentren zu öffnen. Dies ist darüber hinaus notwendig, damit dort ein Raum für bürgerschaftliches Engagement entstehen kann.

Ausbildung attraktiv gestalten!

Der demografische Wandel hat den Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland längst erreicht: Die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger geht zurück, die der unbesetzten Ausbildungsplätze steigt, während immer mehr Branchen über einen Fachkräftemangel klagen.

Die Zahl der Jugendlichen, die dem Ausbildungsmarkt potenziell zur Verfügung stehen, geht erheblich zurück: Bis 2030 schrumpft die Altersgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 17 und 25 Jahren – diejenige Altersgruppe, die die Ausbildungsplatznachfrage im Wesentlichen bestimmt – um rund ein Fünftel. Hinzu kommt, dass sich die Bildungsentscheidung der Jugendlichen verändert und der Trend zu höheren Schulabschlüssen anhält. Dabei entscheidet sich heute jeder zweite Schulabgänger mit Studienberechtigung für ein Hochschulstudium. Im Jahr 2000 war es jeder Dritte (IW Köln 2013).

Laut Institut für Wirtschaft Köln trifft der Fachkräftemangel die Ausbildungsberufe hart. Viele Betriebe haben schon heute Probleme, Bewerberinnen und Bewerber zur Besetzung ihrer Ausbildungsstellen zu finden, obwohl zuletzt in Nordrhein-Westfalen und Hessen ein

doppelter Abiturjahrgang die Schule verlassen hat. 33.000 Ausbildungsstellen blieben 2012 bundesweit unbesetzt. Besonders betroffen waren die Branchen Hotellerie, Gastronomie, Fleischer- und Bäckerhandwerk.

Diesem bereits eingetretenen und zukünftigen Fachkräftemangel steht ein riesiges ungenutztes Potenzial gegenüber: Nur zwei Drittel aller Ausbildungsinteressierten, sind bei ihrer Suche nach einer Ausbildung erfolgreich. Von den Bewerberinnen und Bewerbern mit Hauptschulabschluss schaffen es nur 40 Prozent im ersten Bewerbungsjahr in eine Ausbildung. 2,2 Millionen der 20 bis 34-Jährigen haben keinen Berufsabschluss – ein Großteil von ihnen sind junge Menschen mit Migrationshintergrund oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft.

Die „Entspannung“ auf dem deutschen Ausbildungsmarkt ist daher eine Mär. Wenn jeder 15. Jugendliche die Schule abbricht und über 2 Millionen der unter 34jährigen keinen Berufsabschluss haben, dann kann von gleichen Chancen auf Ausbildung keine Rede sein. Wenn trotz demographischer und konjunktureller Effekte mehr als 267.000 Jugendliche im Übergangssektor landen statt in guter Ausbildung, dann haben wir ein offenkundiges Problem auf unserem Ausbildungsmarkt.

Die Mehrzahl der Angebote des Übergangssektors ist weder Teil eines durchdachten Systems noch verhilft sie tatsächlich zum Übergang in eine betriebliche Ausbildung. Es ist zudem unbekannt, wie viele junge Menschen aus diesen Maßnahmen in eine betriebliche Ausbildung gelangen und diese dann auch erfolgreich abschließen. Das Potenzial aller Jugendlichen – ob aus dem In- oder Ausland - muss viel stärker gehoben werden, wir brauchen Chancen und Perspektiven für alle.

Die Ausbildungsverantwortung der Betriebe stärken!

Trotz guter Wirtschaftslage ist die Zahl der Ausbildungsbetriebe auf einem historischen Tiefstand. Wer sich aus der Ausbildung verabschiedet, wird Fachkräftemangel und arbeitslose Jugendliche ernten. Es ist eine problematische Entwicklung, dass 2012 nur noch 21,7 Prozent der Betriebe ausbildeten und die Zahl der Ausbildungsbetriebe zwischen 1999 und 2011 um 9,2 Prozent gesunken ist. Insbesondere kleine und Kleinstbetriebe haben sich in den letzten Jahren aus der Ausbildung zurückgezogen.

Tendenziell konkurrieren kleinere und ländliche Ausbildungsbetriebe mit größeren oder urbanen Unternehmen und haben größere Schwierigkeiten, attraktive Bewerberinnen und Bewerber zu finden. Sie müssen sich deshalb stärker als andere für Leistungsschwächere öffnen. Obwohl es im ureigensten Interesse der Betriebe liegt, für Nachwuchs zu sorgen, muss auch die Politik nach Lösungskonzepten suchen, wie die Teilnahme an der Ausbildung für Betriebe erleichtert werden kann.

Gleichzeitig sollten alle Ausbildungsbetriebe mehr benachteiligten Jugendlichen Chancen eröffnen und in ihre Qualifizierung investieren anstatt einseitig auf fehlende Ausbildungsreife zu verweisen. Das wird zu ihrem Vorteil sein, denn soziale und kulturelle Vielfalt in Betrieben bringt mehr Gerechtigkeit und Kreativität, was sich für Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt auszahlt.

Im ländlichen Raum gibt es eine doppelte Problemlage: Zum einen bleiben viele Ausbildungsstellen unbesetzt. Hier müssen Unternehmen besonders attraktive Angebote machen, um qualifizierte BewerberInnen zu bekommen. So ermöglichen z.B. einzelne Betriebe erfolgreich Ausgebildeten ein Stipendium für ein weiterführendes Studium. Zum anderen gibt es Gegenden, in denen nur wenige oder kleine Betriebe existieren, die entweder die geforderten Ausbildungsinhalte nicht komplett abdecken können bzw. über keine Ausbildungstradition verfügen.

Strukturreform endlich umsetzen!

Es bedarf einer umfassenden Strukturreform der beruflichen Bildung, die die duale Ausbildung stärkt und die Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt mildert. Indem die Bildungsträger endlich systematisch eingebunden würden, könnte zudem der teure und teils ineffiziente Maßnahmenschubel überwunden werden. Jugendliche brauchen keine Warteschleifen, sondern eine Übersicht über vielfältige Qualifizierungswege und unmittelbare Übergänge in gute Ausbildung.

Eine systematische und flächendeckende Berufsorientierung in Schulen ab der 7. Jahrgangsstufe ist hierfür die Voraussetzung. Auch müssen die Attraktivität und Qualität der beruflichen Bildung steigen, damit die Vertragslösungs- und Abbruchquoten sinken.

Mit neuen Ausbildungskonzepten wie zum Beispiel „DualPlus“ können zusätzliche Ausbildungsplätze nach dem dualen Prinzip geschaffen werden. So könnten Betriebe

zertifizierte Ausbildungsbausteine anbieten und sich so stärker an der Ausbildung beteiligen. Insbesondere für kleine und spezialisierte Betriebe hätte das den Vorteil, dass sie nicht die gesamte Verantwortung für eine duale Ausbildung übernehmen müssten. So entstehen zusätzliche Ausbildungsplätze für leer ausgegangene Jugendliche und in der Region. Besonders attraktiv für die Betriebe und Bewerber: Jugendliche werden an einem dritten Lernort neben Berufsschule und Betrieb zusätzlich individuell gefördert. Erfahrenes pädagogisches und sozialpädagogisches Personal wird hierfür übernommen oder entsprechend weiterqualifiziert. Im ländlichen Raum könnten diese überbetrieblichen Kompetenzzentren eine wichtige Funktion für die Region übernehmen. Mit einer solchen Reform könnte sowohl die Leistungsfähigkeit des Ausbildungssystems und als auch die des regionalen Ausbildungssektors gestärkt werden.

Hochschulen als Motoren regionaler Entwicklung!

Hochschulen sind die Kristallisationspunkte für Qualifizierung, Wissenschaft und Kreativität. Den ansässigen Unternehmen können sie qualifizierte AbsolventInnen, Weiterbildungsangebote, Forschungsleistungen und gezielte Forschungs Kooperationen anbieten. Mit diesen Leistungen, aber auch durch Ausgründungen und ihre Nachfrage nach Dienstleistungen befördern sie die Ansiedlung neuer Unternehmen und initiieren private Forschungs- und Entwicklungsprojekte. Mit attraktiven Studienangeboten oder Standorten in der Region können junge Leute vor Ort gehalten werden. Im Bereich der Forschung sind bestehende Hochschulen in ländlichen Räumen zudem ideal, um die Auswirkungen des demografischen Wandels in den Blick zu nehmen und Lösungsansätze dafür zu entwickeln.

Mehr Vielfalt!

Hochschulen haben als Bildungsorte für künftige AkademikerInnen, WissenschaftlerInnen und Führungskräfte einen elementaren Einfluss auf die Entwicklung unserer Gesellschaft. Diskriminierungsfreiheit, Gleichbehandlung und ein offener Umgang mit Vielfalt sind auch für Hochschulen Leitlinien, um zu mehr Vielfalt auf dem Campus zu kommen. Diese Zielperspektive erfordert eine Diversity-Strategie, welche die notwendige Infrastruktur, geeignete Lehr- und Lernkonzepte, flexible Studienformate und die Ansprüche aller Statusgruppen an den Hochschulen in den Blick nimmt. Damit ermöglicht Diversity eine soziale Öffnung der Universitäten und Fachhochschulen.

Diversity an den Hochschulen bringt mehr Gerechtigkeit und erhöht die Kreativität. Studierende und WissenschaftlerInnen vielfältigster Herkunft stellen neue Forschungsfragen.

Heterogene Teams und Entscheidungsgremien machen in ihrer Perspektivenvielfalt Entscheidungen besser und nachhaltiger. Diversity macht eine Hochschule offener für verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen und Kooperationspartner – damit stärkt sie die eigene Rolle und ihre Qualität als Dreh- und Angelpunkt unserer Wissensgesellschaft.

Mehr Internationalisierung und Mobilität!

Für einen europäischen Bildungs- und Hochschulraum sind wesentliche Reformziele der Bologna-Reform noch nicht erreicht: Die Auslandsmobilität in den Bachelor-Studiengängen an Universitäten stagniert. Um die Mobilität deutscher Studierender zu steigern, müssen Bachelorstudiengänge flexibilisiert und Zeitfenster für Mobilität eingebaut werden. Auslandsaufenthalte müssen ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust zu bewerkstelligen sein. Es kann nicht sein, dass nur jede zweite der im Ausland erworbenen Studienleistungen an deutschen Hochschulen anerkannt wird. So dürfen Studierende nicht unter einer zu bürokratischen Anerkennungspraxis der Universitäten und Fakultäten leiden, sondern sie brauchen eine grundsätzliche Anerkennungsgarantie.

Die Internationalisierung und Vernetzung der deutschen Hochschullandschaft muss sich auch auf die Bleibeperspektiven ausländischer Studierender erstrecken. Obwohl knapp 80 Prozent der ausländischen Studierenden in Deutschland bleiben wollen, gelingt es nur 26 Prozent diesen Wunsch tatsächlich umzusetzen. Dieser Verlust an ökonomischen und kreativen Potenzialen schwächt unseren Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort und schmälert gesellschaftliche Vielfalt.

Sozial geöffnete, vielfältige Hochschulen mit einer ausreichenden Zahl an Studienplätzen, mit attraktiven Studien-, Lehr-, Forschungs- und Arbeitsbedingungen sowie einem europäisierten Studienangebot sichern unsere Zukunftschancen im demografischen Wandel.

Jugendarbeitslosigkeit europäisch bekämpfen!

Obwohl das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) die niedrige Jugendarbeitslosenquote in Deutschland vorrangig als eine Folge des demografischen Wandels und nicht als Erfolg der Politik ansieht, hat das duale Ausbildungssystem in letzter Zeit zu Recht viel internationale Aufmerksamkeit und Anerkennung erfahren.

Fast ein Viertel der unter 25-Jährigen der Euro-Zone haben derzeit keinen Job (Eurostat, April 2013). In vielen Teilen Europas sucht rund die Hälfte der jungen Menschen verzweifelt

nach Perspektiven, dort droht eine „verlorene Generation“. Ihre Chancenlosigkeit geht uns alle etwas an. Sie hat verheerende Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft, die Zukunftsfähigkeit des europäischen Projekts und nicht zuletzt die jungen Menschen selbst.

Es ist gut, dass die EU-Länder in der beruflichen Bildung stärker zusammenarbeiten wollen. Mit dem Ziel, bis 2020 80 Prozent der jungen Menschen in Arbeit und Ausbildung zu bringen, soll das System der beruflichen Bildung nach deutschem Vorbild auch in anderen Ländern eingeführt werden. Im Dezember 2012 unterzeichneten Spanien, Griechenland, Portugal, Italien, die Slowakei und Lettland dazu im Rahmen der „Europäischen Allianz für Ausbildung“ eine Absichtserklärung über die Zusammenarbeit mit Deutschland.

Es weckt jedoch falsche Erwartungen, dieses hierzulande über Dekaden gewachsene duale Ausbildungssystem zum Patentrezept oder gar Sofortprogramm für die europäischen Krisenländern zu erklären. Richtig ist, dass sich das duale Ausbildungssystem dort, wo Jugendliche und Betriebe auch tatsächlich zusammenfinden, bewährt hat und ein Berufsabschluss die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist. Ein duales Berufsbildungssystem kann erstens wegen unterschiedlicher Bedingungen in den Mitgliedstaaten nicht eins zu eins eingeführt werden. Zweitens setzt es prosperierende Betriebe voraus, die ausbilden können und wollen, die Ausbildungsverträge schließen und Vergütungen zahlen können. Es braucht also eine intakte Wirtschaft. Genau das fehlt europäischen Krisenländern derzeit aber.

Wenngleich die Auswirkungen des demografischen Wandels in Europa unterschiedlich verteilt sind, ist doch die Zunahme des Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung überall in Europa zu beobachten. Unterschiede in der Intensität der Alterung bestehen zwischen Ballungsräumen und ländlichen Räumen, aber auch zwischen Regionen mit vergleichbarer Siedlungsstruktur. So wandern z. B. aus strukturschwachen Regionen vor allem junge Erwachsene auf der Suche nach Ausbildungs- oder Arbeitsplätzen ab. In wachstumsstarken Gebieten dämpft deren Zuzug die Alterung und wirkt sich positiv auf die Zahl der Geburten aus. Somit ist klar: Der demografische Wandel und die hohe Jugendarbeitslosigkeit sind Herausforderungen, die zusammengedacht und einer engen europäischen Abstimmung bedürfen. Auf europäische Probleme kann es letztlich nur eine gesamteuropäische Antwort geben.

Ausblick

Unser Bildungssystem muss endlich gerechter und leistungsfähiger werden, damit kein Potenzial oder Talent vergeudet wird. Kein Kind und keinen Jugendlichen zurückzulassen heißt Chancengerechtigkeit herzustellen sowie Teilhabe und Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Dazu braucht es sehr gute elementarpädagogische, schulische wie außerschulische Angebote.

Zur Fachkräftesicherung braucht es sowohl bessere Ausbildungsstrukturen auf nationaler Ebene als auch Zuwanderung und Zirkulation von Fachkräften in Europa. Mit der vermehrten Einwanderung von Fachkräften darf insbesondere die Wirtschaft nicht aus ihrer Pflicht entlassen werden, in Deutschland lebende Menschen gut aus- und weiterzubilden. Die grüne Ausbildungspolitik fordert seit Jahren eine Strukturreform in der beruflichen Bildung in Deutschland, die Betriebe und Bewerber wieder besser zusammen bringt und das Ausbildungssystem demografiefest und konjunkturabhängiger machen würde.

Nur bessere Bildungschancen, Zugänge und Übergänge können zu mehr Teilhabe führen und im Schulterschluss mit einer transparenten und einladenden Einwanderungspolitik helfen, dem sich verschärfenden Fachkräftemangel zu begegnen. Nur so ist der in Deutschland und Europa auch in Zukunft vergleichsweise gute Lebensstandard sichern.

2. Der demografische Wandel als Chance für Jugendliche mit schwieriger Bildungsbiografie

Autorinnen: **Christine Henry-Huthmacher** (Kordinatorin für Frauen- und Familienpolitik in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung) und



Elisabeth Hoffmann (Kordinatorin für Kinder und Familie in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung)



Die duale Ausbildung gilt für die Gesellschaft als Integrationsmotor und für die Wirtschaft als Garant gegen den Fachkräftemangel. Trotz aller Erfolge hat sie jedoch nur wenig öffentliche Lobby. Vor allem junge Menschen mit schwierigen Berufsbiografien gelangen bisher kaum in das Blickfeld der öffentlichen Diskussion. Im Jahr 2010 mündeten 323.700 Jugendliche in das sogenannte Übergangssystem ein, das sich allzu oft als Sackgasse erweist. Um allen Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen, sind neue Strategien erforderlich - in erster Linie eine Verbetrieblichung der beruflichen Bildung, ohne die Stärken des dualen Systems preiszugeben, vor allem die Betriebsbindung, den Praxisbezug und die Abschlussorientierung der Ausbildung. Eine erste Aufgabe besteht darin, genau hinzusehen: Was kennzeichnet Jugendliche mit schlechten Startchancen?

Multiple Risikofaktoren

"Aber wenn sie zu uns in die Schule kommen, haben unsere Schüler/-innen schon viel erlebt, schwierige familiäre Geschichten, Geschichten von Migration, Flucht, Arbeitslosigkeit, auch von Gewalt. Und wir verlangen von ihnen, dass sie einfach funktionieren", sagt die Lehrerin einer Hauptschule. Die Schülerinnen und Schüler funktionieren aber nicht, sondern sind ängstlich, phlegmatisch, desinteressiert - und ernten in der Schule oft nur Misserfolge.

Zwar erklären die PISA-Studien auf theoretischer Ebene, dass sozioökonomischer Status, das Bildungsniveau der Eltern und die ethnische Herkunft der Familie als kulturelles Kapital

wesentlich die Bildungsorientierung der Jugendlichen beeinflussen. Sie geben jedoch keine Auskunft, inwieweit familiäre, schulische und peerbezogene Bedingungen bei benachteiligten Jugendlichen auf der Interaktions- und Beziehungsebene vorliegen und wie sich biografisch bedingte Kompetenzen auf die schulischen Anforderungen auswirken.

Alltagsbewältigung, familiäre Orientierung, Peergroup, soziale Einbindung und die konkreten Kompetenzen bilden ein Puzzle, das bisher noch nicht aufgelöst ist. Sowohl Eltern und Peers als auch Schule und Medien sind in diesen Prozess einbezogen. In der Schule entwickelt sich ein Gemenge von Anerkennungsproblematiken, die Risikoschüler veranlassen, sich von schulischen Bildungsprozessen zu distanzieren, den Unterricht zu stören oder die Schule mit schlechtem oder keinem Abschluss zu beenden.

Jugendliche aus benachteiligten Sozialmilieus entwickeln eigene biografische Ressourcen, die es ihnen ermöglichen, in ihrer Lebenswelt zu bestehen. Diese Ressourcen sind jedoch nicht immer kompatibel mit den Vorstellungen von kompetenten Jugendlichen, die das Bildungssystem voraussetzt. Die Basisfähigkeiten dieser Jugendlichen passen nicht unbedingt zu schulischem Wissen und beruflichen Anforderungen. Hinzu kommt eine Peerorientierung, die die schulische Distanz weiter verstärkt.

Die Frage, welche familiären Bedingungen das Aufwachsen der Jugendlichen prägen und wie sich die Erfahrungen auf Verhalten und Handlungen sowie auf Schul- und Ausbildungsbiografien auswirken, erweist sich als blinder Fleck in der Fachdiskussion. Gerade dies ist jedoch ein zentraler Gesichtspunkt, um Antworten auf die Frage zu finden, warum die Systeme Schule und Übergangssystem gegenwärtig sehr viele Jugendliche aus Risikofamilien nicht erreichen und wie erfolgreiche Reformen aussehen müssten.

Probleme im Übergang

Nimmt man die Jugendlichen selbst in den Blick, so stellt sich mangelnde Berufsfähigkeit in erster Linie als Fehlen persönlicher und sozialer Kompetenzen dar. Hauptprobleme sind fehlende Disziplin, geringere Belastbarkeit und schwächere Leistungsbereitschaft - das gab fast die Hälfte aller Betriebe in einer aktuellen DIHK-Umfrage an. Demnach spielen fehlende soziale Kompetenzen und Erziehungsdefizite eine entscheidende Rolle. Damit richtet sich der Blick auf die herausgehobene Rolle der Schule, der Eltern und der Peergroups - ein Faktorenbündel, das sich nicht durch punktuelle Maßnahmen beeinflussen lässt, die zudem meist als Modellversuche gestaltet sind.

Mangelnde Ausbildungsreife ist ein Ausdruck von Bildungsarmut, die weit verbreitet ist. Um das Ziel der sozialen Integration zu erreichen, muss eine Gesellschaft ihre begrenzten Ressourcen auf die Zielgruppe der Heranwachsenden mit ungünstigen Lernvoraussetzungen konzentrieren. Eine gerechte Verteilung der Lebenschancen erfordert es, dass Hilfestellungen vor allem die Jugendlichen erreichen, die in einem Umfeld von familiärer und sozialer Benachteiligung aufwachsen.

Auch Bildungsexperten fordern eine systematische Förderung der Leistungsschwächsten mit Maßnahmen, die biografische Kontinuität gewährleisten. Kurzfristige, punktuelle Interventionsstrategien, die meist viel zu spät in der Biographie Heranwachsender einsetzen, bewerten sie negativ.

Motivation durch Praxis

Ein grundlegender Reformansatz muss die Jugendlichen in den Mittelpunkt stellen, die mehrfach Risiken in ihrer Entwicklung ausgesetzt sind. Ein Blick auf die Lebensgeschichte der Jugendlichen in Übergangssystemen zeigt, dass viele dieser Jugendlichen sich im Alter von 12 bis 14 Jahren von der Schule abgewendet haben. Lehrerinnen und Lehrer machen die Beobachtung, dass diese Heranwachsenden mit dem klassischen Unterrichtsmodell in der Schule einfach nicht mehr erreichbar sind. Ohne die Regelschule in Frage stellen zu wollen, ist es aber sinnvoll, Heranwachsenden in dieser Phase durch eine andere, praxisorientiertere Formatierung ihrer Lernzeit ein Angebot zu machen, das ihnen doch wieder einen Zugang zum System ermöglicht. Ein geeignetes Konzept für die schwierigsten Fälle wäre eine Einbindung moderner Konzepte wie der Produktionsschulen mit der für sie typischen Verbindung von praktischem Arbeiten und Lernen in das Regelschulsystem.

Eine verbesserte Integration in Ausbildung und Arbeit kann durch ein erweitertes Schulkonzept gelingen, in dem Arbeiten und Lernen frühzeitig zusammengefügt werden. Die große Praxisorientierung bereits in der Schule fördert die Motivation der Jugendlichen und fordert die Jugendlichen mit ihrer Ausrichtung auf den Arbeitsmarkt.

Den Förderdschungel lichten

Grundsätzlich muss der Übergang Schule-Beruf durch eine Verbetrieblichung der Übergangszone neu ausgerichtet werden. Bei einer Neuausrichtung des Übergangssystems müssen verschiedene Aspekte vernetzt zum Tragen kommen. Das bedeutet eine enge Zusammenarbeit von verschiedenen Institutionen für die weitere berufliche Entwicklung.

Angesichts der Vielfalt der Akteure, der Maßnahmen und Finanzierungsmittel ist eine unüberschaubare Unterstützungslandschaft entstanden, die wenig Transparenz und wenig Kooperation aufweist. Die Konzentration der Maßnahmen unter einem Dach ist ein wichtiges Element des Reformansatzes.

Um die Ausbildungsreife der Schülerinnen und Schüler wirksam zu stärken, ist die Formulierung genereller Anforderungen an die Maßnahmeninhalte - also frühe Förderung, Förderung breiter Fähigkeiten, Förderung klarer Zielgruppen - notwendig, allein jedoch nicht ausreichend. Vielmehr bedarf es einer sinnvoll organisierten Gesamtstruktur, die eine wirksame und Ressourcen sparende Umsetzung von entsprechend ausgerichteten Förderinstrumenten erlaubt. Eine gute Struktur sollte

- **für ein sinnvoll geplantes und transparentes Gesamtangebot an Fördermaßnahmen sorgen,**
- **Aufgaben- und Ausgabenkompetenz verknüpfen,**
- **eine klare Kontrolle von Zielerreichungsgrad und Kosten ermöglichen.**

Öffnung der Betriebe "nach unten"

In Familie und Schule, aber auch in Unternehmen müssen strukturelle Veränderungen einsetzen. Unternehmen, die eine duale Berufsausbildung anbieten, müssen ihre Steuerung von einem Überschuss auf den Mangel von Auszubildenden umstellen. Dies ist zugleich eine Chance, leistungsschwächere junge Menschen als neue Zielgruppe in das Blickfeld auszubildender Betriebe zu rücken. Diese "Öffnung nach unten" kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Betriebe nicht mit den Aufgaben alleingelassen werden, die sich mit der Ausbildung leistungsschwächerer Jugendlicher verbinden. Hier bietet sich das Konzept der "Assistierte Ausbildung" an.

Für diejenigen Jugendlichen, die besonders gravierende Mängel hinsichtlich ihrer Ausbildungsfähigkeit aufweisen, müssen wir die Chance bieten, sich im Vorfeld einer "echten" betrieblichen Ausbildung durch reale Arbeit in Ausbildungs- und Qualifizierungsunternehmen, die am ersten Arbeitsmarkt agieren, fit zu machen. Wichtig ist, diese Jugendlichen nicht in einem künstlichen, vom Arbeitsmarkt abgetrennten Übergangssystem zu demotivieren, sondern sie durch die weitestgehende Abbildung von Betrieblichkeit auf eine Ausbildung vorzubereiten.

Ein ebenso wichtiges Erfolgsprinzip im Umgang mit Risikogruppen in Schule und Ausbildung ist die Etablierung professionell geschulter "Coaches" in Schulen, Trägereinrichtungen und Ausbildungsbetrieben. Unabhängig von Region, Art der Institution oder Alter der Zielgruppen, aber abhängig von personeller, langjähriger Kontinuität ist bei erfolgreichen Modellen immer eine "coachende Person" zu finden, die in der internationalen Forschung als "parenting person", "elterliche Person" bezeichnet wird. Sie hat die Schlüsselfunktion, sich persönlich um jeden einzelnen Schüler oder Azubi zu kümmern, sie ist Vertrauensperson, mit denen nicht nur schulisch-berufliche, sondern auch private Probleme besprochen werden können. "Coaches" sind die Voraussetzung dafür, dass Schule und Betriebe zu einem Lebensraum werden, in dem Selbstfindungs- und Nachreifungsprozesse (Persönlichkeitsentwicklung, soziale Kompetenzen) intensiv und erfolgreich angeleitet werden.

"Einer, der immer ein offenes Ohr für Probleme der Azubis hat, auch für die privaten" - so bezeichnet der Zukunftsbeauftragte eines der größten deutschen Bauunternehmens, Aug. Prien, seine Aufgabe. Die Baufirma ist stellvertretend für den Trend bei ressourcenstarken Unternehmen mit großem Ausbildungsbedarf (z. B. Telekom, Deutsche Bundesbahn, RWE, BAYER, Globetrotter), die sich gezielt an die Gruppe von Jugendlichen wenden, die bisher wenige Chancen auf dem Ausbildungsmarkt hatte.

Kleinere, ressourcenärmere Unternehmen bedürfen jedoch vielfach staatlicher Unterstützung bei der Ausbildung dringend benötigter Fachkräfte. In Baden-Württemberg werden seit über 10 Jahren auch in kleinen und mittleren Unternehmen beeindruckende Erfolge mit dem Konzept der "Assistierten Ausbildung" gemacht (Paritätischer Landesverband). Im Rahmen der "Assistierten Ausbildung" werden Unterstützungsstrukturen entwickelt, die sowohl die Auszubildenden als auch dem Betrieb bedarfsgerechte Dienstleistungen anbieten.

Professionalisierung der Arbeitsbedingungen

Ein grundlegender Reformgedanke bezieht sich auch auf die Reform der Arbeitsbedingungen des Personals. Eine nachhaltige flächendeckende Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen individuellen Begleitung der Jugendlichen kann nur gelingen, wenn die Vielzahl an Förderinstrumenten in Regelleistungen überführt wird.

Die demografische Entwicklung und der damit zusammenhängende Fachkräftemangel öffnet ein Fenster der Möglichkeiten gerade auch für Jugendliche mit schwierigen Bildungsbiografien. Die Chance sollten wir nutzen.

3. ANSCHLUSS VERPASST ODER ABGEHÄNGT? Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf benachteiligte Jugendliche und die (evangelische) Jugendsozialarbeit und Konsequenzen

*Auszug aus einem Impulspapier der BAG EJSA
(von der Mitgliederversammlung verabschiedet
am 26.09.2012)*



1. Ausgangssituation und Relevanz für die Jugendsozialarbeit

Die aktuelle demografische Entwicklung stellt Gesetzgeber, Kommunen, Wohlfahrts-einrichtungen und Wirtschaft vor neue Aufgaben - mit Folgen für zahlreiche Handlungsfelder. Auch die Jugendsozialarbeit ist betroffen.

In Zeiten des Nachwuchs- und Fachkräftemangels, in denen eine gute Qualifikation aller für den primären Arbeitsmarkt gesellschaftlich immer mehr an Bedeutung gewinnt, stehen gerade junge Menschen einer Vielzahl an gestiegenen Anforderungen gegenüber. An die Stelle des bekannten Verlaufs „Schule – Ausbildung – Beruf“, tritt das „lebenslange Lernen“ und damit die Forderung nach lebenslanger Bereitschaft zur kontinuierlichen Anpassung von Arbeitsplatz und Wohnort. Dieser stetige Bildungs- und Lernprozess setzt gute schulische Grundlagen und die Fähigkeit, sich auch außerhalb des schulischen Umfeldes Fähigkeiten und Kompetenzen selbstständig aneignen zu können, voraus.

Die Auflösung der „Normalbiografie“ und der damit einhergehende gestiegene Anpassungsdruck betrifft alle Jugendlichen, in besonderem Maße jedoch die rund 20 Prozent der SchülerInnen, die massive Probleme in der Schule haben oder den Schulbesuch verweigern. Sie sind im Übergang von Schule in Ausbildung daher verstärkt auf eine begleitende Förderung und häufig auch auf Angebote längerfristig geförderter öffentlicher Beschäftigung angewiesen.

Besonders betroffen sind Jugendliche mit Migrationshintergrund. Sie verlassen die Schule oft mit geringer qualifizierenden Abschlüssen. Auch ist ihre Ausbildungsquote deutlich geringer. Selbst bei vergleichbaren Abschlüssen haben Jugendliche insbesondere mit arabischem und

türkischem Migrationshintergrund derzeit erheblich schlechtere Chancen auf einen Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz.

Sinkende Arbeitslosenzahlen und ein steigender Bedarf an Fachkräften in Industrie und Wirtschaft bergen aber auch die Chance, dass es zukünftig mehr Jugendlichen - auch solchen mit schlechten oder fehlenden Schulabschlüssen z.B. - gelingen kann, in Ausbildung und Beruf Fuß zu fassen. Es ist jedoch keinesfalls zu erwarten, dass sich die Situation für sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte Jugendliche im Bildungsbereich und bei der Arbeits- und Ausbildungsplatzvergabe mit dem demographischen Wandel von selbst erledigt. Für diese jungen Menschen müssen besondere Maßnahmen ergriffen werden, denn einen Automatismus zwischen abnehmenden Arbeitslosenzahlen und dem Verschwinden benachteiligter Jugendlicher gibt es nicht.

Bereits jetzt öffnet sich die Schere zwischen Stadt und Land immer weiter. Es entstehen zunehmend strukturschwache Räume, in denen junge Menschen immer stärker von Benachteiligungen betroffen sind, weil ihnen der Zugang zu Ressourcen versperrt oder nur schwer möglich ist.

2. Chancen und Risiken für benachteiligte junge Menschen

(a) Chancen

- Der Fachkräftemangel kann den Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung für viele junge Menschen erleichtern. Auch leichter benachteiligte Jugendliche würden mehr Chancen auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz erhalten. Die Betriebe öffnen sich möglicherweise verstärkt auch für BewerberInnen, die bisher aufgrund fehlender Ausbildungsstellen und hoher Anforderungen in den Maßnahmen des Übergangssystems betreut und qualifiziert wurden.
- Geschlechtsspezifische Hemmnisse werden eventuell gemildert. Der Mangel an Arbeitskräften kann eine Chance für Jungen oder Mädchen bieten, einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu erreichen, der ihnen aufgrund vorhandener Strukturen bisher erschwert wurde.
- Kleinere Schulklassen können bewirken, dass sich die Möglichkeiten zur individuelleren Förderung und Gestaltung einer inklusiven Pädagogik verbessern. Eine gleich bleibende Investition in Schule und Bildung in Kombination mit einem Rückgang der

SchülerInnenzahlen würde eine bessere finanzielle Ausstattung und einen besseren Personalschlüssel ermöglichen. Strukturelle Maßnahmen mit dem Ziel, die Chancengerechtigkeit zu erhöhen, könnten ermöglicht werden.

(b) *Risiken*

- Es besteht die Gefahr, dass die politische Aufmerksamkeit für benachteiligte Jugendliche bei niedrigeren Arbeitslosenzahlen sinkt.
- Zudem sind ein großes Problem die schon jetzt fehlenden Zahlen zu solchen Jugendlichen, die kaum mehr oder schon nicht mehr erreichbar sind, weil sie durch alle sozialen Netze fallen. Sie könnten noch mehr aus dem Blick verschwinden.
- Kohärenz- und Teilhabe werden in einer älter werdenden Gesellschaft nicht mehr oder nicht mehr in dem Maße für junge Menschen erlebbar. Andererseits sind dies aber wichtige Voraussetzungen für gesellschaftliches Miteinander, Demokratieentwicklung und soziale Integration.
- Es ist zu befürchten, dass Bildungs- und Fördermaßnahmen sowie Personal insbesondere in jetzt schon strukturschwachen Gebieten ausgedünnt werden, da sie „unrentabel“ erscheinen. Junge Menschen müssen dann weite Wege in Kauf nehmen. Sofern die Motivation dazu gering ist, die finanziellen Mittel fehlen oder die Infrastruktur (ÖPNV) unzureichend ist, können Angebote nicht mehr wahrgenommen werden.
- Damit verbunden sein kann auch ein Personalabbau in den Einrichtungen und Schulen. Die Finanzierung von Arbeitsmarkt- und Jugendhilfedienstleistungen wird möglicherweise zurückgefahren. Dadurch sind Einrichtungen der Jugend(berufs)hilfe von Schließung bedroht.
- Es droht der Abbau von Angebotsvielfalt. Nur Förderangebote, die unmittelbar auf die schnelle Eingliederung in den Arbeitsmarkt zielen, werden dann noch finanziert. Ganzheitliche und längerfristig begleitende Maßnahmen an der Schnittstelle von Arbeitsförderung, Grundsicherung und Jugendhilfe für besonders benachteiligte Jugendliche und „schwierige Fälle“ fallen weg.
- Die Diskrepanz zwischen betrieblichen Anforderungen und den Potenzialen der jungen Menschen wird somit größer und freie Ausbildungs- und Arbeitsplätze können nicht besetzt werden.
- Voraussichtlich steigen die Anforderungen an die pädagogische Praxis, auch weil schon jetzt eine steigende Anzahl von Jugendlichen krank und/oder auffällig ist, während sich

die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Durch knappe personelle Ressourcen in den Einrichtungen und Schulen können individuelle Problemlagen dann nicht adäquat und nachhaltig bearbeitet werden.

- Es besteht die Gefahr, dass sich Diskriminierungsmechanismen fortsetzen, wenn benachteiligte junge Menschen zwar leichter einen Ausbildungsplatz finden, jedoch nur in schlecht bezahlten Berufen.
- Gesellschaftliche Anforderungen an junge Menschen steigen, treffen aber auf eine immer kleinere Anzahl Jugendlicher. Dies wird individuell als „erhöhter Druck“ wahrgenommen (Leistungsanforderungen, Reproduktionsanforderungen, Familienerhalt, Arbeitsleistungen usw.) ohne dass die individuelle Bewältigungskompetenz steigt.

3. Handlungsbedarf für die Jugendsozialarbeit

Ziel der Jugendsozialarbeit ist es, junge benachteiligte Menschen so zu fördern, dass sie für ihr Leben selbst Verantwortung übernehmen können und eine Chance auf soziale und berufliche Integration haben. Dies ist eine gesellschaftliche Daueraufgabe. Eine Vielfalt an unterschiedlichen Förderangeboten – insbesondere auch solche, die nicht ausschließlich auf die Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt ausgerichtet sind – sind dafür nötig. Um diese Aufgabe nachhaltig erfüllen zu können, braucht es eine verlässliche Finanzierung, qualifiziertes Personal und Qualitätssicherung bei der Durchführung der Maßnahmen.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Ausgangssituation im demografischen Wandel sieht die BAG EJSA Herausforderungen für die Jugendsozialarbeit hauptsächlich in drei Bereichen:

(a) Stärker Profil zeigen in der sozialpolitischen Debatte: Ob der demografische Wandel für junge benachteiligte Menschen zur Chance werden kann oder eher dazu führt, dass sie „abgehängt“ werden, hängt auch davon ab, wie deutlich und nachdrücklich sich die Akteurinnen und Akteure in der Jugendsozialarbeit auf allen Ebenen in den sozialpolitischen Diskurs einbringen und auf die Situation und die Belange der jungen Menschen aufmerksam machen. Ein besonderer Handlungsbedarf besteht hier in Bezug auf junge Menschen, die bisher von keiner Förderung erreicht werden konnten und auf junge MigrantInnen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus. Verstärkt müssen auch Möglichkeiten gesucht werden, benachteiligten Jugendlichen direkte Teilhabe zu ermöglichen, indem sie z. B. gegenüber politischen EntscheidungsträgerInnen direkt selbst zu Wort kommen können.

(b) *Weiterentwicklung der pädagogischen Konzepte:* Sollen junge Menschen, die bisher nicht erreicht wurden, die sich in besonders schwierigen Lebenssituationen befinden, gezielt und nachhaltig gefördert werden, so müssen andere Zugänge und neue Wege zu ihnen gefunden werden. Bisher bestehende pädagogische Konzepte müssen – insbesondere in Bezug auf ihre Zielsetzung - kritisch überdacht und verändert bzw. weiterentwickelt werden. Dies ist zwar eine permanente Aufgabe, sie bekommt aber vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine besondere Dringlichkeit.

(c) *Personalgewinnung und -entwicklung, Organisationsentwicklung:*

Von zentraler Bedeutung ist fachlich hoch qualifiziertes Personal in den Einrichtungen. Gefragt sind neben der fachlichen Eignung auch hohe Motivation und Frustrationstoleranz in einem Arbeitsfeld mit schwierigen Klientel, unpopulären Arbeitszeiten, schlechter Bezahlung und wenig gesellschaftlicher Anerkennung und politischer Lobby. Es wird immer schwieriger werden, qualifizierte und motivierte MitarbeiterInnen zu gewinnen. Zwar können die Einrichtungen und Träger selbst einiges tun, um als attraktive Arbeitgeber neues Personal zu gewinnen und gut qualifizierte MitarbeiterInnen zu halten. Die Möglichkeiten sind bei den aktuellen Rahmenbedingungen für die Durchführung von Fördermaßnahmen (wie z.B. die Vergabe, Lohndumping, Aufhebung von Tarifbindung) jedoch sehr begrenzt.

4. Anforderungen aus Sicht der BAG EJSA

(a) *an die bundesweit tätigen Verbände und Trägerorganisationen der Jugendsozialarbeit* Aufgabe der Verbände und Trägerorganisationen ist es, auf die Relevanz, Chancen und Risiken der demografischen Entwicklung für junge benachteiligte Menschen und die Einrichtungen der Jugendsozialarbeit in der Fachöffentlichkeit, bei den gesellschaftlichen AkteurInnen und der Politik aufmerksam zu machen. Sie müssen sich dafür einsetzen, dass auch benachteiligte junge Menschen echte Chancen erhalten, denn auch wenn die Gesamtmenge junger Menschen abnehmen wird, so bleibt ein Teil dieser jungen Menschen - und wahrscheinlich kein kleiner werdender Teil - zurück. Dies können sie tun, indem sie konkret darstellen, was junge Menschen mit besonderen Problemlagen brauchen, wie angemessene und nachhaltige Förderkonzepte aussehen müssen und welche Ressourcen (insbesondere finanzielle Mittel) für deren nachhaltige Umsetzung benötigt werden. Dazu müssen sich die Verbände und Organisationen auf der Bundesebene noch stärker in die sozialpolitische Debatte einmischen.

Eine weitere Aufgabe ist es, die Einrichtungen der Jugendsozialarbeit zu beraten und darin zu unterstützen, damit sie notwendige Maßnahmen der konzeptionellen Weiterentwicklung und der Organisationsentwicklung in Angriff nehmen können. Dies kann auf der Grundlage einer individuellen Situationsanalyse zum Beispiel durch Beratung vor Ort, Fachveranstaltungen und durch die Initiierung von Pilotprojekten geschehen.

Auch die Entwicklung und fachliche Begleitung von innovativen ausbildungsbegleitenden Angeboten der Träger der Jugendsozialarbeit für Betriebe und Unternehmen kann initiiert und unterstützt werden. Ebenso die fachliche Weiterentwicklung in Richtung Niedrigschwelligkeit und/oder nachgehende Ansätze in der Jugendsozialarbeit.

(b) an die Einrichtungen der Jugendsozialarbeit

Um den weiter oben genannten Herausforderungen zukunftsorientiert begegnen zu können, müssen Einrichtungen der Jugendsozialarbeit folgende Aspekte besonders berücksichtigen:

- Eine noch größere Offenheit und Bereitschaft zur Kooperation mit Betrieben (die Jugendsozialarbeit kann sich als für diese Zielgruppe der Jugendlichen fachlich kompetente Dienstleisterin und daher auch als Auftragnehmerin von Industrie, Handwerk und Dienstleistungssektor anbieten)
- stärkere Öffnung für den Dienstleistungssektor neben den etablierten handwerklichen Bereichen
- Ausbau von Möglichkeiten zum nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses für ungelernete junge Erwachsene
- Stärkere Berücksichtigung von jungen Menschen, die bisher nicht erreicht worden sind, die aus dem Fördernetz heraus(ge)fallen (sind), die auf der Straße leben, die keinen oder einen ungeklärten Aufenthaltsstatus haben
- Verstärkte Zusammenarbeit von JMD und Jugendberufshilfe, damit die Kompetenzen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund besser erkannt und gefördert werden können
- Verstärkte Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen
- Vernetzung von Jugendberufshilfe mit Schule und Ausbildung, um die Schnittstellen und Übergänge begleiten zu können
- Insbesondere in strukturschwachen Regionen verstärkte Unterstützung von Diversity-Prozessen um Abwanderung entgegen zu wirken.

- Für benachteiligte Jugendliche bessere Zugänge zu Freiwilligem Sozialen Jahr und Bundesfreiwilligendienst schaffen – eine Zielgruppe, die hier stärker in den Blick genommen werden muss, sind Jugendliche ohne sicheren Aufenthaltsstatus
- Ausbau von Maßnahmen zur frühzeitigen und nachhaltigen Verknüpfung von Lebensplanung und geschlechtsbezogener Berufsorientierung für Mädchen und Jungen
- Räumliche Flexibilität: Über mehr mobile Angebote besonders im ländlichen Raum lässt sich Kontakt zu mehr Jugendlichen aufnehmen, die nicht mobil sind
- Offenheit gegenüber dem Reha-Bereich wegen zunehmender Auffälligkeiten, psychischer Belastungen und Behinderungen Jugendlicher

(c) an Politik und Gesellschaft

Von zentraler Bedeutung ist die Entwicklung einer eigenständigen kohärenten Jugendpolitik, die von den verschiedenen zuständigen Ministerien (BMFSFJ, BMBF und BMAS) gemeinsam getragen wird und die als strategische Grundlage und Rahmen für alle konkreten Förderangebote dient. In Bezug auf die demografische Entwicklung sind bei konkreten Maßnahmen und Programmen folgende Aspekte besonders wichtig:

- Der Entstehung von unversorgten Räumen vorbeugen: ein ineinandergreifendes und mehrdimensionales Fördersystem mit Angeboten der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in einer Region fördern
- Strukturen stärken, die demokratische Handlungskompetenzen fördern, damit Lücken durch wegfallende Angebote nicht durch Initiativen mit ideologisch fragwürdigem Hintergrund geschlossen werden.
- Interkulturelle Öffnung der Schulen und Bildungseinrichtungen
- Initiierung und Förderung von partizipativen Handlungsansätzen, die es ermöglichen, dass junge Menschen selbst ihre Belange äußern können und sich in politische Entscheidungsprozesse, die sie betreffen, einbringen können
- Weiterentwicklung der Beratungsstrukturen für Jugendliche mit Migrationshintergrund, Ausbau von Sprachförderung in Umfang und Qualität
- Kampagnen und Maßnahmen, die erfolgreich das Berufswahlspektrum von Mädchen und Jungen erweitern und eine echte Chancengerechtigkeit für Jugendliche mit Migrationshintergrund anstreben.

- Die Schaffung von Anreizen für Unternehmen zum Abbau diskriminierender Strukturen im Bereich berufliche Ausbildung, Erwerbsarbeit und Karriereförderung
- Möglichkeiten für den Einsatz von passiven Leistungen der Grundsicherung in aktiven Maßnahmen, um einen wirtschaftlichen Einsatz öffentlicher Mittel zu gewährleisten (Passiv-Aktiv-Transfer: Darüber können arbeitslose junge Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden, gleichzeitig werden gesellschaftlich notwendiger Aufgaben erfüllt und es wird Arbeit finanziert, nicht Arbeitslosigkeit. Die Rahmenbedingungen und gesetzlichen Vorgaben aus den Rechtskreisen SGB II / III / VIII sind so zu öffnen, dass ein „Matching“ mit dem Ausbildungsmarkt und dem ersten Arbeitsmarkt möglich wird.)

(d) an die Wirtschaft

Generell ist eine engere Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit wichtig. Sollen verstärkt auch benachteiligte junge Menschen betrieblich ausgebildet werden, benötigen sie eine zusätzliche Begleitung und Förderung während ihrer Ausbildungszeit. Mit dem erforderlichen fachlichen Knowhow und der Erfahrung aus der Jugendsozialarbeit können die betrieblichen AusbilderInnen in ihrer Arbeit unterstützt werden. Insbesondere sind folgende Aspekte von Bedeutung:

- Entwicklung von flexibleren Ausbildungskonzepten in Zusammenarbeit von Wirtschaftsverbänden, Kammern, Betrieben und ExpertInnen aus der Jugendsozialarbeit
- Qualifizierung des Ausbildungspersonals für den Umgang mit benachteiligten Jugendlichen
- Unterstützung der Schulen bei Praktika und der Entwicklung und Anwendung von geeigneten Kompetenzfeststellungsverfahren
- Öffnung von „geschlechtsuntypischen“ Berufen für Mädchen respektive Jungen, gezieltes Anwerben und Erhöhung der Angebote für Teilzeitausbildung

4. Inklusion Jetzt! – Berufsbildung im Zeichen des Fachkräftemangels aus Sicht der Katholischen Jugendsozialarbeit

Positionspapier der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e.V. (vom 19. Oktober 2011)



Zusammenfassung

Von den positiven Entwicklungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt sowie Bestrebungen der Politik und Wirtschaft den Fachkräftebedarf zu sichern, profitieren benachteiligte Personengruppen keinesfalls so stark, wie erwartet. Für junge Menschen mit individueller Beeinträchtigung oder sozialer Benachteiligung bleiben die Probleme auf dem Ausbildungsstellenmarkt bestehen. Wenn sich die Bedingungen des Ausbildungssystems nicht weg von Exklusion hin zu Inklusion wandeln, werden bewusst Potentiale und Ressourcen verschwendet. Denn in den vergangenen Jahren zeigte sich die Tendenz, dass Betriebe Stellen eher unbesetzt lassen, anstatt in die Ausbildung junger Menschen mit erhöhtem Förderbedarf zu investieren. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit fordert daher Ausbildung für alle. Die Zugänge zu beruflicher Bildung sind zu verbessern und gesellschaftliche Teilhabe für benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu erhöhen. Jeder junge Mensch, der eine duale Ausbildung absolvieren möchte, muss dazu die Chance erhalten. Aktuelle politische Bestrebungen, die Zugänge zu Beruflicher Bildung für benachteiligte Jugendliche zu erhöhen, müssen sich daran messen lassen, inwieweit es gelingt, diese zu integrieren.

Berufliche Bildung darf dabei nicht auf die Vermittlung von funktionalen Qualifikationen für eine bestimmte Tätigkeit reduziert sein, sondern muss eine umfassende, ganzheitliche Bildung sicherstellen, die die Entfaltung von Anlagen und Fähigkeiten der jungen Menschen zum Ziel hat. Am Ende der Berufsausbildung muss ein voll qualifizierender Abschluss erreicht sein. Zur optimalen Entfaltung der Potentiale benachteiligter oder beeinträchtigter Jugendlicher bedarf es im Ausbildungssystem der Entwicklung individuell ausgerichteter Modelle. Eine individuelle Förderung in der beruflichen Bildung beinhaltet zeitliche Flexibilität und Durchlässigkeit. Die Struktur der Maßnahmeförderung im SGB II und III ist gegebenenfalls zu Gunsten einer individuellen Förderung zu verändern. Jeder junge Mensch soll eine auf ihn abgestimmte Förderung erhalten.

Zur Integration von mehr Benachteiligten in betriebliche Ausbildung schlägt die BAG KJS ergänzend den bundesweiten Einsatz trialer Ausbildungskonzepte vor. Betriebe, Berufsschulen und Jugendberufshilfe treten dabei in eine enge Kooperation. Die Jugendsozialarbeit in katholischer Trägerschaft bietet an, ihre langjährigen Erfahrungen auf dem Gebiet der Ausbildung von Jugendlichen in die notwendige Weiterentwicklung der Beruflichen Bildung einzubringen und sich an der Erprobung individuell ausgerichteter Modelle sowie Konzepten der trialen Ausbildung zu beteiligen.

Recht auf Ausbildung für Alle!

Die aktuelle Situation auf dem Ausbildungsmarkt wird von der Bundesregierung und Bundesagentur für Arbeit als sehr positiv bewertet. Aus Sicht derjenigen jungen Menschen, die im vergangenen Jahr vergeblich einen Ausbildungsplatz gesucht haben, stellt sie sich völlig anders dar. Nur die Hälfte derjenigen, die sich beworben haben, konnte auch tatsächlich einen Ausbildungsvertrag abschließen. Ein großer Teil der Bewerberinnen und Bewerber blieb also bei der Ausbildungsplatzsuche erfolglos. Hinzu kommen diejenigen, die von der Statistik der Bundesagentur nicht erfasst oder nur als Ratsuchende geführt wurden. Auch von dem Fachkräftemangel profitieren Jugendliche, die zu den benachteiligten Personengruppen gehören, nicht. Für sie bleiben die Probleme auf dem Ausbildungsstellenmarkt bestehen, wenn sich die Bedingungen des Ausbildungssystems nicht weg von Exklusion hin zu Integration wandelt. So zeigte sich in den vergangenen Jahren die Tendenz, dass Betriebe Stellen eher unbesetzt lassen, anstatt in die Ausbildung junger Menschen mit erhöhtem Förderbedarf zu investieren. Jugendliche werden von Seiten der Wirtschaft, aber auch in der politischen Diskussion, häufig auf ihre wirtschaftlich verwertbaren Kompetenzen reduziert. Betriebe zeigen bei der Einstellung von Auszubildenden oft überhöhte Erwartungen. Sie fordern Kompetenzen, Fähigkeiten und fachliches Wissen, das über das Niveau der Ausbildungsreife weit hinaus reicht. Dabei sind im Jugendalter parallel zu der beruflichen Ausbildung weitere entwicklungspsychologische Aufgaben zu bewältigen. Dazu zählen u.a. das Erlangen von Autonomie, die Ablösung vom Elternhaus oder die Suche nach Partnerschaft. Die Ausbildung im dualen System trägt wesentlich zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen bei. Voraussetzungen für eine Berufstätigkeit wie physische und psychische Belastbarkeit werden im Kontext der Ausbildung entwickelt und gestärkt.

Berufliche Bildung sollte allen offen stehen. Jeder Jugendliche, der eine duale Ausbildung absolvieren möchte, muss die Chance dazu erhalten. Die Bundesarbeitsgemeinschaft

Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e.V. fordert daher ein Recht auf Ausbildung und die Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabemöglichkeiten.

Die BAG KJS begrüßt aktuelle Bestrebungen, Zugänge zu (beruflicher) Bildung zu verbessern und gesellschaftliche Teilhabe für benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu erhöhen. Diese, sowie Entwicklungen im Berufsbildungssystem zur Sicherung des Fachkräftebedarfs, müssen sich allerdings daran messen lassen, inwieweit sie benachteiligte Jugendliche berücksichtigen und es gelingt, sie zu integrieren! Die Jugendsozialarbeit in katholischer Trägerschaft bietet an, ihre langjährigen Erfahrungen auf dem Gebiet der Ausbildung von Jugendlichen hierzu einzubringen und sich an der Erprobung neuer Modelle zu beteiligen.

Reformüberlegungen zur Behebung des Fachkräftemangels

Der Fachkräftemangel in Folge des demografischen Wandels hat in Deutschland eine Diskussion um die Zukunft des dualen Ausbildungssystems ausgelöst. Es soll weiter entwickelt und u.a. durch die Flexibilisierung der Ausbildungsgänge zukunftsfest werden. In den letzten Jahren wurden unterschiedliche Modelle zur Reform der dualen Berufsausbildung diskutiert. Nach dem Modellvorschlag des DIHK „Dual mit Wahl“ schließen sich an die Vermittlung von grundlegenden branchenspezifischen Qualifikationen Module an, die sich an den betrieblichen Anforderungen orientierten. Beim „Ausbildungsstrukturmodell“ des Handwerks werden schon die grundlegenden Qualifikationen modular gefasst. Hier ist zudem ein deutlich biographisch orientiertes, berufliches Laufbahnkonzept vorgesehen.

Bei der Initiative des BDA „Neue Strukturen in der dualen Ausbildung“ wird die gesamte Ausbildung in Ausbildungsbausteine gegliedert, in der Regel ist eine zweijährige Ausbildung mit anschließender Spezialisierungsphase vorgesehen. Übereinstimmend ist bei den Modellen festzustellen, dass benachteiligte und individuell beeinträchtigte junge Menschen als Zielgruppe der Ausbildung ausgeblendet sind und ihre besonderen Bedarfe in der Ausgestaltung einer beruflichen Ausbildung keine Berücksichtigung finden. Vielmehr sollen diese Modelle berufliche Karriereoptionen für leistungsstarke Jugendliche eröffnen. Für die Zielgruppe der Jugendsozialarbeit besteht also weiterhin die Gefahr der Exklusion aus Beruf und Gesellschaft. Erfahrungen mit Umsetzungen beschränken sich allerdings bisher weitgehend auf Modellprogramme (Landesprogramme wie z.B. der dritte Weg in NRW und Bundesprogramme wie z.B. Jobstarter Connect). Hierbei geht es um neue Wege von Ausbildung für benachteiligte Jugendliche. Aus der Wirtschaft werden angesichts des

drohenden Fachkräftemangels Forderungen nach einer Modularisierung bei Beibehaltung des Berufsprinzips laut. Berufliche Bildung darf nach Auffassung der BAG KJS nicht auf die Vermittlung von funktionalen Qualifikationen für eine bestimmte Tätigkeit reduziert sein, sondern sie muss eine umfassende, ganzheitliche Bildung sicher stellen, die die Entfaltung von Anlagen und Fähigkeiten der jungen Menschen zum Ziel hat. Am Ende der Berufsausbildung muss ein voll qualifizierender Ausbildungsabschluss stehen, denn dieser bietet den besten Schutz vor Arbeitslosigkeit.

Ziele einer Reform des Berufsbildungssystems aus Sicht der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit

Chancen und Risiken von Modularisierung

Modularisierung bietet die Chance für benachteiligte Jugendliche, flexibel und lebenslagenorientiert berufliche Qualifikationen erwerben zu können. So können Kompetenzen anerkannt und zertifiziert/bestätigt werden. Es kommt auf die konkrete Ausgestaltung an. Denn Module eröffnen einen Zugang zum Arbeitsmarkt, allerdings liegen sie unterhalb des Facharbeiterniveaus. Bei der Diskussion um eine Flexibilisierung und Modularisierung fordert die BAG KJS die Sicht der jungen Menschen ernst zu nehmen. Module müssen aus Sicht der Jugendlichen eine Zukunftsbedeutung haben, realisierbar sein und zu Erfolgserlebnissen führen. Das heißt die Sicherung eines beruflichen Abschlusses, der in jedem Fall anschlussfähig an weiterführende Bildungsgänge oder an eine Berufsausbildung ist, ist zu gewährleisten. Eine nur an betrieblichen Interessen ausgerichtete Modularisierung birgt die Gefahr, für eine ganzheitliche Entwicklung der Jugendlichen wichtige Aspekte wie Orientierung an Lebensentwürfen und Zukunftsfähigkeit zu ignorieren. Unabhängig davon müssen für alle jungen Menschen, die aufgrund spezieller Einschränkungen nicht in der Lage sind, eine Berufsausbildung in vollem Umfang zu absolvieren, zertifizierte Teilqualifikationen angeboten werden.

Anerkennung von Kompetenzen

Ausbildung in modularisierter Form kann Jugendlichen eine größere Flexibilität beim Erwerb beruflicher Qualifikationen eröffnen. Dabei sind zusätzliche Möglichkeiten der Anerkennung von bisher erworbenen Kompetenzen (auch im Bereich des non-formalen Lernens) ein wichtiges Element. In diesem Sinne bietet sie den Jugendlichen Chancen. Sie darf aber nicht dazu führen, dass nur noch arbeitsmarktverwertbare Qualifikationen/ Kompetenzen vermittelt werden.

Relevanz sozialer Kompetenzen erkennen

Ein auf Langfristigkeit angelegter Bildungsanspruch bietet nicht nur den Jugendlichen größere Chancen, sondern erfüllt auch aufgrund der breiteren Wissensvermittlung die Anforderung eines lebensbegleitenden Lernens. Berufsausbildung muss also neben der Vermittlung von fachlichem Wissen, von berufsspezifischen Kenntnissen und Fertigkeiten, einen ganzheitlichen Lernprozess im Bereich personaler und sozialer Kompetenzen in Gang setzen.

Dauerhafte und verlässliche Strukturen

Eine Ausbildung in modularisierter Form darf nicht dazu führen, dass nach einer Grundqualifikation nur noch betriebsspezifisch ausgebildet wird. Entscheidungen, ob und welche Wahlmodule absolviert werden können, soll der junge Mensch (insbesondere nach Beratung durch einen freien Träger) treffen. Zeitliche Entwicklungsräume mit der Möglichkeit der Unterbrechung müssen gewährleistet werden. Hauptziel muss dabei der qualifizierte Abschluss der Berufsausbildung bleiben. Jugendliche mit erhöhtem Förderbedarf benötigen verlässliche Unterstützungsstrukturen in der Berufsausbildung. Diese müssen daher dauerhaft verankert werden. Für Jugendliche mit ungünstigen Bildungsvoraussetzungen bietet die mehrjährige Berufsausbildung einen stabilen Rahmen für Qualifikationserwerb und Lebensführung.

Mit individueller Förderung erfolgreich zum Berufsabschluss! - Forderungen und notwendige Handlungsschritte

1. Bereits vorhandene Konzepte auf Bundes- und Landesebene sollten durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) aufbereitet und auf ihre Realisierbarkeit hin überprüft werden. Die Wirksamkeit und Funktionsweise der unterschiedlichen Modelle müssen durch einen breiten, moderierten Diskurs in der Fachöffentlichkeit bewertet werden. In Reformentscheidungen sind alle relevanten Akteure der Berufsbildung - hierzu zählen insbesondere auch die Träger der Benachteiligtenförderung – einzubinden.

2. Zur optimalen Entfaltung der Potentiale benachteiligter oder beeinträchtigter Jugendlicher bedarf es im Ausbildungssystem individuell ausgerichteter Modelle. Neben dem Betrieb und dem Jugendlichen selbst, wirken Unterstützer wie freie Träger darin mit. Eine individuelle Förderung in der beruflichen Bildung beinhaltet zeitliche Flexibilität und Durchlässigkeit. Die Struktur der Maßnahmeförderung im SGB II und III ist gegebenenfalls zu Gunsten einer

individuellen Förderung zu verändern. Die Unterstützungsstrukturen für Jugendliche orientieren sich dabei am Einzelbedarf der Jugendlichen (Beratung, Begleitung, Zusatzangebote).

3. Bei der Reform des Ausbildungssystems sind die Lebenslagen junger Menschen zu berücksichtigen. Neue Ausbildungsmodelle sind im Sinne eines lebenslagenorientierten Jugendintegrationskonzeptes (wie es z.B. die LAG KJS NRW entwickelt hat) zu gestalten. Die Biographie, die Lebenslagen und subjektiven Deutungsmuster der Jugendlichen müssen z.B. in Form von Wahlmodulen stärker zum Ausgangspunkt einer Ausbildung werden. Dadurch erhält berufliche Ausbildung einen eindeutigen partizipativen Charakter, der die Jugendlichen in ihrer Lebenssituation ernst nimmt.

4. Es müssen Begleitstrukturen zur Ausbildung benachteiligter Jugendlicher für das Personal in Betrieb, Berufsschule und beim Träger (Teambildung, Beratung, Fortbildung) mit dem Ziel einer aufeinander bezogenen Arbeits- und Berufsschulpädagogik fußenden Lernortkooperation geschaffen werden.

5. Zur Integration von mehr Benachteiligten in eine betriebliche Ausbildung muss ergänzend die bundesweite Förderung dualer Ausbildungskonzepte in Kooperation von Betrieben, Berufsschulen und Jugendberufshilfe gefördert werden. Der Betrieb übernimmt hier die praktische Qualifizierung, die Berufsschule den fachtheoretischen und allgemeinbildenden Teil und die Jugendberufshilfe die kontinuierliche Begleitung der Jugendlichen. Hierzu gehört neben der sozialpädagogischen Begleitung die Förderung der Ressourcen der Jugendlichen, Stützunterricht und die Vertiefung fachtheoretischer und fachpraktischer Inhalte. In diesem Konzept geht die Initiative vom Jugendlichen und vom Betrieb aus, die den entsprechenden Träger auswählen. Es kommt zu einem Vertragsverhältnis zwischen dem Jugendlichen, dem Betrieb und dem Träger. Zusätzlich sind Jugendliche mit besonderem Förderbedarf weiterhin in außerbetrieblichen Einrichtungen zu fördern.

6. Modernisierungsmodelle für das duale System haben oftmals die Lernorte Schule und Betrieb im Fokus. Für die spezielle Förderung benachteiligter junger Menschen nehmen Bildungsträger als Lernorte, im Ausbildungsmanagement, in der sozialpädagogischen Begleitung sowie beim Stützunterricht eine zentrale Rolle ein.

7. Die Entwicklung von inhaltlich und zeitlich flexiblen Ausbildungsbausteinen als Instrument der Individualisierung muss in ein einheitliches Konzept eingebunden sein (Berufsprinzip oder Berufsgruppenprinzip). Qualifizierungen unterhalb des Systems der geregelten Ausbildungsberufe sind in das Ausbildungssystem zu integrieren. Eine gesetzliche Regelung, die die notwendige Flexibilität und Anschlussfähigkeit für eine erfolgreiche Ausbildung benachteiligter Jugendlicher gewährleistet, ist von der Politik umzusetzen. Dies ist auch bei der Neuordnung von Ausbildungsberufen zu beachten. Eine Finanzierung muss gemeinsam durch den Bund und die Länder erfolgen.

Die Erfahrungen, die junge Menschen am Übergang Schule – Ausbildung – Beruf machen, sind häufig nicht entwicklungsfördernd. Insbesondere junge Menschen mit hohem Förderbedarf sind auf ein individuell zugeschnittenes Angebot und auf eine kontinuierliche Begleitung durch Bezugspädagogen angewiesen. Eine Ausbildungspraxis, die dies stärker berücksichtigt, ist anzustreben. Die Katholische Jugendsozialarbeit bietet sich an, ihre vielfältigen Erfahrungen in einen Reformprozess einzubringen.

Fazit

Die genauen Entwicklungen des demografischen Wandels sind ungewiss. Es ist jedoch vernehmlich, dass das Handlungsfeld der Jugendsozialarbeit und ihre Vorgehensweise langfristig beeinflusst werden und dementsprechend angepasst werden sollten. Die bereits vorhandenen Angebote, wie die Landesprogramme Jugendwerkstätten und Pro-Aktiv-Centren, müssen weiterhin genutzt und entsprechend der Erfordernisse ausgebaut bzw. erweitert werden. Diesbezüglich wurden in den vorliegenden Texten bereits einige bedeutsame Anregungen dargelegt.

So ist es z.B. sinnvoll, dass die Jugendwerkstätten die Arbeitsbereiche in den Fokus nehmen, in denen es Fachkräftemangel gibt bzw. geben wird sowie eine gute Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit herzustellen bzw. zu verstärken. Die Zielgruppe der Jugendberufshilfe benötigt außerdem vermehrt zusätzliche Begleitung und Förderung während einer betrieblichen Ausbildung. Daneben dürfen die Betriebe nicht mit den Aufgaben, die mit einer Ausbildung leistungsschwächerer junger Menschen verbunden sind, alleine gelassen werden. Die Einbindung moderner Konzepte, wie die der „Assistierten Ausbildung“ oder der Einsatz von Mentoren, Paten oder BezugspädagogInnen, sollte daher in den kommenden Jahren noch mehr in den Fokus gerückt werden.

Bezogen auf den demografischen Wandel schlagen die niedersächsischen Programme Jugendwerkstätten und Pro-Aktiv-Centren, die vor allem arbeitsmarktferne Jugendliche erreichen, die ohne Unterstützung weit davon entfernt wären, Fachqualifikationen zu erlangen und dem Fachkräftemarkt zur Verfügung zu stehen, längst den richtigen Weg ein.

Links

- Impulspapier der BAG EJSa (von der Mitgliederversammlung verabschiedet am 26.09.2012): ANSCHLUSS VERPASST ODER ABGEHÄNGT? Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf benachteiligte Jugendliche und die (Evangelische) Jugendsozialarbeit und Konsequenzen, http://www.der-jugend-eine-stimme-geben.de/fileadmin/user_upload/dokumente/pdf/BTW_2013/Impulspapier_Demografischer_Wandel_verabschiedet_26_09_2012_01.pdf
- Der demografische Wandel und seine Herausforderungen von Dr. Verena Eberhard, http://www.erev.de/auto/Downloads/Skripte_2012/2012_58_Eberhard.pdf
- Ausgabe der „dreizehn“ (Heft 9) mit relevanten Beiträgen zur demografischen Entwicklung und die Auswirkungen auf die Jugendsozialarbeit, http://www.jugendsozialarbeit.de/dreizehn_9
- Handlungskonzept der Niedersächsischen Landesregierung zum Demografischen Wandel, http://www.niedersachsen.de/startseite/politik_staat/demografischer_wandel/demografischen-wandel-gestalten-111960.html
- Fazit zum Thema von „12job.de“ http://www.12job.de/tipps-und-news/aktuelles/Demografischer+Wandel+hilft+benachteiligten+jungen+Menschen+nu+r+bedingt+bei+der+Suche+nach_306.html

Veranstaltungsempfehlungen

- **18.09.2013**, „Was Betriebe erwarten ...!?“ Bedingungen, Veränderungen und zukünftige Herausforderungen, LAG JAW Fachtag für Jugendwerkstätten, A + W Bildungszentrum Sozialwerk der KAB/CAJ e.V., Sögel
- **26. und 27.09.2013**, „Chancen und Risiken aus der demografischen Entwicklung für die Berufsbildung in den Regionen“, Fachtag vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Bonn <http://www.bibb.de/de/64238.htm>
- **28. und 29.11.2013**, „Die Jugendsozialarbeit von morgen“ Demografie, Klientel, Arbeitsformen, BAG KJS Tagung, Erfurt http://www.bagkjs.de/jsa_von_morgen

Impressum

Landesarbeitsgemeinschaft der Jugendsozialarbeit in Niedersachsen (LAG JAW)

Referat Pro Aktiv Centren und Jugendwerkstätten

Kopernikusstraße 3, 30167 Hannover

Mail: pro-aktiv@jugendsozialarbeit.de

Homepage: www.nord.jugendsozialarbeit.de